

Kölner Stadt-Anzeiger

Köln - 08.05.2014

KOMMUNALPOLITIK

Wie Bürger sich beteiligen können



Von Helmut Frangenberg

Von Terminen im OB-Büro bis zur Gründung einer Anwohnerinitiative: Einwohner haben viele Möglichkeiten, in der Politik mitzumischen. Doch Welche Optionen sind die besten?

Der Anlass für Bürgerengagement im Veedel: Dort, wo einst Bäume für Schutz sorgten, ist nur noch ein kleines Mäuerchen geblieben. Das neue Schulgebäude liegt somit direkt an der Autobahn. Zwischen Gebäude und Mäuerchen ist eine Laufbahn geplant. Davor soll ein „grünes Klassenzimmer“ angelegt werden.

Als Uta Burchart und Thomas Rabenstein eines Morgens im Februar 2012 aus dem Küchenfenster schauten, trauten sie ihren Augen nicht: Die Stadt fällte 130 Meter dichten Baumbestand, ohne irgendeinen Nachbarn zu informieren. Die Bäume waren Schutz vor Lärm und Emissionen an der A57 in Neuehrenfeld, wo eine Grundschule und ein Kindergarten gebaut wird. Seitdem bemühen sich die beiden darum, anständig informiert zu werden, streiten für einen neuen Emissionsschutz für Schüler wie Nachbarn und erleben, wie es in Köln um die von allen geforderte Bürgerbeteiligung steht. Hier geht es nicht um den

Hafenausbau oder den Bau des Jüdischen Museum, wo sich gut vernetzte Bürgergruppen, Parteien und Verbände engagieren, sondern um ein typisches Problem im Veedel. Überschaubar und lösbar – zumindest theoretisch.

Burchart und Rabenstein haben fast alles probiert und stießen dabei immer wieder auf die Gegenwehr einer Dienststelle der Stadtverwaltung. Egal, mit wem sie in Kontakt kamen und wen sie fragten, sie bekamen immer die gleiche Standardantwort der Gebäudewirtschaft: Die Stadt habe alles richtig gemacht, es gebe keinen Bedarf, irgendetwas zur Diskussion zu stellen. „Die waren unkooperativ und haben immer alles abgewiegelt“, so Burchart. „Wir wollten keine Bürgerinitiative starten. Wir wollten nur etwas wissen.“

OHNE LOBBY TUT SICH NICHTS

So probierten die beiden nach und nach fast alle Instrumente aus, die sich für ein bisschen Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik anbieten: Termine im OB-Büro, Ortstermine mit Fachleuten der Verwaltung und Politikern, eine Einwohnerfragestunde in der Bezirksvertretung, die Formulierung eines Bürgerantrags oder die Gründung einer Anwohnerinitiative. Es gab sogar ein persönliches Treffen mit dem OB. Doch echte Wirkung erzielten sie erst, als die Elternvertretung der Grundschule ins Anwohnerbündnis einstieg und ihnen die nahende Kommunalwahl die Aufmerksamkeit von lokalen Politikern sicherte, die sich vorher nicht für sie interessiert hatten. Die CDU schrieb einen Ratsantrag, der außerhalb von Wahlkampfzeiten weniger Chancen gehabt hätte. Weil offensichtlich keine Partei gleich Hunderten Wählern vor den Kopf stoßen und streitbare Eltern vergrätzen wollte, entstand schnell eine parteiübergreifende Einigkeit: Die Stadtverwaltung wird nun die Emissionen messen. Vielleicht wird eine kleine Mauer zum Schutz der Kinder gebaut, wahrscheinlich das Tempolimit an der

Autobahnverlängerung verschärft. Rabensteins Fazit: „Man braucht eine Lobby. Und man muss viele sein. Sonst tut sich nichts.“

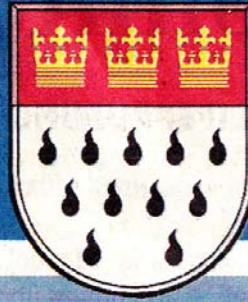
Mit institutionalisierter Bürgerbeteiligung wie es ein neu gegründetes „Netzwerk für Beteiligungskultur - Köln gestalten“ fordert, hat das wenig zu tun. Ob man als Bürger Einfluss nehmen kann, hängt immer noch von guten Kontakten und der Kooperationsbereitschaft der Verwaltung ab. Und die ist höchst unterschiedlich ausgeprägt.

Burchart und Rabenstein können von Ansprechpartnern in der Verwaltung berichten, die um Transparenz und Offenheit bemüht waren, aber eben auch von denjenigen, die aus ihrer Ablehnung des Bürger-Engagements keinen Hehl machten. Ihnen begegneten Verwaltungsmitarbeiter, die vermittelten und halfen, aber auch solche, die mit immer gleichen Antworten die lästigen Fragen vom Tisch zu wischen versuchten. Mancher gab sich Mühe, andere haben bis heute nicht auf Briefe geantwortet.

Nächste Folge: Die Wahlen

Artikel URL: <http://www.ksta.de/koeln/kommunalpolitik-wie-buerger-sich-beteiligen-koennen,15187530,27067378.html>

Copyright © 2015 Kölner Stadtanzeiger



Bürgerbüros und -sprechstunden

In den vergangenen Jahren sind einige Instrumente zur Bürgerbeteiligung eingeführt worden, doch am wirkungsvollsten bleibt immer noch der direkte Kontakt zu den Handelnden und ihren Mitarbeitern. Auch das Bürgerbüro des OB ist ansprechbar und vermittelt weiter.



Direkter Kontakt zur Stadtverwaltung

Ein direkter Kontakt ist immer gut – wenn man auf den Richtigen trifft. Werden die Anregungen und Fragen als lästig empfunden, rennt man gegen Wände. Stößt man auf offene Ohren, lässt sich im Einzelfall durchaus viel bewirken.



Verbündete suchen

Die klassische Form der Einmischung: Findet man viele Mitstreiter, ist Aufmerksamkeit gesichert – erst recht, wenn man Verbände, Elternpflegschaften oder andere Initiativen einbezieht. Mit standardisierten Formen der Beteiligung hat das aber nichts zu tun.



Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Drei Prozent müssen das Begehren unterstützen. Wenn der Stadtrat ablehnt, kommt es zum Bürgerentscheid. Dann müssen 20 Prozent der Wähler mitmachen. Hohe Hürden, viel Aufwand; zeitliche und inhaltliche Beschränkungen machen es den Bürgern schwer.



Anregungen und Beschwerden

Ein Ausschuss des Stadtrates befasst sich mit Einwohner-Anträgen und Beschwerden. Wenn man sein Anliegen gut begründet und ein wenig politisches Interesse erzeugt, hat man Chancen auf eine faire und gelegentlich auch erfolgreiche Verhandlung seines Antrags.



Bürgerhaushalt

Mit hohen Ansprüchen und vielen Hoffnungen gestartet ist aus dem durchaus sinnvollen Beteiligungsinstrument eine Ansammlung von individuellen Wünschen und Vorschlägen geworden. Wirklich Wichtiges wird mit diesem Instrument bislang nicht verhandelt.



Einwohnerantrag

8000 Unterschriften muss man für einen Antrag an Stadtrat oder Bezirksvertretung zusammensammeln. Wenn der Antrag dann dort abgelehnt wird, war viel Arbeit umsonst. Ein wirkungsloses Instrument, in der Praxis ohne Bedeutung.



Einwohnerfragestunde

Die Stadtverwaltung beantwortet in der Bezirksvertretung schriftliche Fragen, die fünf Tage vorher eingereicht werden müssen. Nachfragen sind nicht erlaubt, politische Diskussionen nicht vorgesehen. Sinnlos, ärgerlich und in der Regel ineffektiv.

